

Debatte : "Zum Glück hat Napoleons Intervention zu einer guten Zukunft für Graubünden geführt"

Autor(en): **Bundi, Martin / Rathgeb, Christian / Hitz, Florian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur**

Band (Jahr): - **(2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **06.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-398819>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Debatte

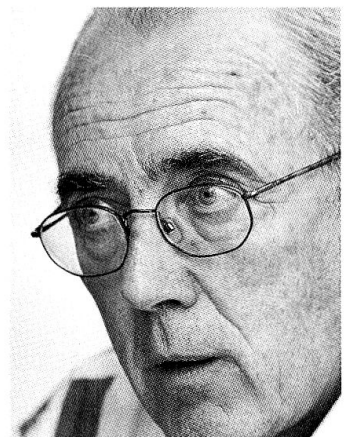
«Zum Glück hat Napoleons Intervention zu einer guten Zukunft für Graubünden geführt»

Ist die EU-Debatte zu vergleichen mit der Situation vor 200 Jahren? Was brachte und bringt Graubünden in die Eidgenossenschaft ein? Um diese und weitere Fragen ging es an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung «Graubünden – seit 200 Jahren ein Schweizer Kanton» an der der Evangelischen Mittelschule in Schiers vom 8. Mai 2003. Unter der Gesprächsleitung des Journalisten Edy Walser diskutierten Martin Bundi, Christian Rathgeb, Florian Hitz sowie Klaus Huber über Graubündens Geschichte, seine Beziehungen zur Eidgenossenschaft und die Zukunftsperspektiven.

Martin Bundi
Christian Rathgeb
Florian Hitz
Klaus Huber

Vor 200 Jahren gab es in Graubünden eine grosse Diskussion, ob ein Beitritt zur Eidgenossenschaft sinnvoll wäre oder nicht. Das war damals alles andere als selbstverständlich. Ist die Diskussion, die wir seit Jahren in der Schweiz über die Annäherung an Europa führen, zu vergleichen mit der Diskussion vor 200 Jahren?

Martin Bundi: Ich bin der Auffassung, dass diese Situation teilweise vergleichbar ist. Damals ging es auch um die Frage nach einer Integration in ein grösseres Staatsgebilde, in welchem man sich eigentlich wohl fühlen sollte. Es war ein Staatsgebilde, das ähnlich wie der Freistaat der Drei Bünde ausgerichtet war, nämlich mit demokratischen und föderalistischen Strukturen. Es war auch ein Moment, in welchem man in der eigenen Existenz sehr stark bedroht war. Die Frage, die sich 1802 stellte, war: Was geschieht, wenn wir uns der Schweiz nicht anschliessen? In diesem Fall zeichnete sich die Möglichkeit ab, dass der Freistaat aufgeteilt worden wäre, und zwar ein Teil auf Österreich, ein anderer



«Meines Erachtens konnte Graubünden nicht gerade sehr viel in die Eidgenossenschaft einbringen»: Martin Bundi.

(Foto: Jakob Menolfi, «Die Südostschweiz»)

Teil auf die Cisalpinische Republik und ein dritter Teil allenfalls auf die Schweiz. Entsprechende Pläne waren auf der internationalen Ebene vorhanden. Zum Glück hat die Intervention von Napoleon zugunsten einer guten Zukunft für den Kanton Graubünden geführt.

Christian Rathgeb: Ein ganz bedeutender Unterschied besteht aber dennoch zwischen der Mediation im Jahre 1803 und der heutigen Diskussion über einen Beitritt zur EU. Der offizielle Beitritt zur Eidgenossenschaft, welcher Graubünden mit der Mediationsakte von 1803 vollzog, erfolgte nicht auf freiwilliger Basis, sondern war ein Diktat Napoleons. Das heisst, über die Kantonsverfassung von 1803 und den darin enthaltenen Anschluss an die Schweizerische Eidgenossenschaft wurde nicht abgestimmt, was der bündnerischen Rechtstradition diametral widersprach. Die erste offizielle Kantonsverfassung wurde den Bündnern also regelrecht von aussen aufoktroziert. Im Gegensatz zu damals kann heute – glücklicherweise – ein derartig bedeutungsvoller Staatsakt nicht ohne Volksentscheid erfolgen. Wenn wir uns gerade über den Beitritt Graubündens zur Eidgenossenschaft unterhalten, möchte ich darauf hinweisen, dass im Frühjahr 1799 über 50 Gerichtsgemeinden spontan eine sofortige Vereinigung mit der Helvetischen Republik verlangten. Diese Willensäusserung führte zum Vereinigungsvertrag vom 21. April 1799 des «Cantons Rätien» mit der Helvetischen Republik. Aus rechtlicher Sicht ist dies das effektive Beitrittsdatum Graubündens zur Schweiz. Die folgenden Verträge und Verfassungen waren lediglich Folgeakte. Wir feiern also nun im Jahre 2003 eigentlich vier Jahre zu spät!

Ist dieser «Beitritt» im Jahr 1803 von der Bevölkerung überhaupt wahrgenommen worden?

Florian Hitz: Es ging lange, bis die Bevölkerung dies realisierte, weil man mit anderen drängenderen – vor allem materiellen – Problemen beschäftigt war. Es ist erforscht, dass Graubünden einen ziemlich langen Prozess der Annäherung an und Integration in die Schweiz durchmachte. Dies ist eine mentalitätsgeschichtliche Frage. Der Prozess der Annäherung wurde nicht durch staatliche Institutionen gefördert, sondern viel eher durch Verbände und Vereine, welche auf gesamteidgenössischer Ebene organisiert waren und ihre Ableger im Kanton hatten. Zum Beispiel



«Die erste offizielle Kantonsverfassung wurde den Bündnern regelrecht von aussen aufoktroziert»: Christian Rathgeb.
(Foto: Jakob Menolfi, «Die Südostschweiz»)

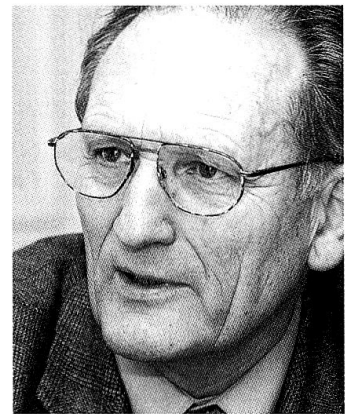


«1803 war das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass die staatliche Zugehörigkeit geändert hat, und dass man jetzt Schweizer ist, nicht sehr stark ausgeprägt»: Florian Hitz.

waren die Schützen und Turner sehr eidgenössisch-patriotisch eingestellt. In den jungen Kantonen haben vorwiegend solche Vereine eine mentale Integration bewirkt. In den ländlichen Regionen begann dieser Prozess aber erst in den 1820er-Jahren. 1803 hingegen war das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass die staatliche Zugehörigkeit geändert hat und dass man jetzt Schweizer ist, nicht sehr stark ausgeprägt.

Ist dieser Prozess heute abgeschlossen? Graubünden wird doch oft als «Stiefkind» der Eidgenossenschaft betitelt.

Klaus Huber: Man kann nicht generell sagen, Graubünden sei ein «Stiefkind» der Eidgenossenschaft. Es ist aber so, dass es immer noch Spannungsfelder gibt, zwischen der West- und Deutschschweiz zum Beispiel. Es gibt auch das Spannungsfeld der Ostschweizer Kantone gegenüber den Zentren und Bern. Es gibt Leute, die das Gefühl haben, nach Winterthur hört die Schweiz auf. Es gibt auch Spannungen zwischen Nord und Süd. So haben zum Beispiel die Tessiner ihre eigene Befindlichkeit. Ich glaube aber, dass dies zur Qualität der Schweiz gehört, dass sie sich immer mit diesen Themen beschäftigt, und auch dass damit Volksabstimmungen verbunden sind, welche sich immer wieder mit dem eigenen Staatswesen auseinandersetzen. Das ist als Grundsatz gut. Ich glaube aber, wir müssen uns – nicht speziell in Graubünden, sondern in der ganzen Schweiz – bewegen. Wir müssen uns auch fragen – und jetzt drücke ich vielleicht etwas Heikles aus, aber es ist meine persönliche Meinung –, wie viel direkte Demokratie wir uns als Randgebiet überhaupt leisten können, wenn wir unsere Fitness im wirtschaftlichen Wettbewerb erhalten wollen? Man kann den Wettbewerb besingen oder bedauern, aber es herrscht ein harter Wettbewerb unter den Standorten. Für mich ist die ökonomische Grundlage – und dies zeigt die Geschichte immer wieder – eine entscheidende Grundlage. Nur so kann eine Gesellschaft funktionieren. Graubünden muss sich natürlich selbstverständlich Gehör verschaffen und zeigen, dass es existiert und dass es Einiges selbstständig erreichen kann.



«Wir müssen uns auch fragen, wie viel direkte Demokratie wir uns als Randgebiet überhaupt leisten können»: Klaus Huber.
(Foto: Jakob Menolfi, «Die Südostschweiz»)

Vielleicht bräuchte es auch etwas mehr Zentralismus. Graubünden arbeitet auch international mit anderen Regionen zusammen. Hat es der Südtiroler Landeshauptmann beispielsweise leichter als der Bündner Volkswirtschaftsdirektor?

Klaus Huber: Der Südtiroler Landeshauptmann «funktioniert» und lebt natürlich in einem anderen System, in welchem die Konkordanz anders zustande kommt und die Mehrheiten anders gebildet werden. Er gehört letztlich einer Mehrheit an, die das Staatswesen für eine gewisse Etappe leitet. Bei uns ist es dagegen so, dass das Volk nach einem System den Grossen Rat, nach einem anderen System die Regierung wählt und immer noch die Opposition bilden kann. Das ist viel komplizierter. Dem Südtiroler Landeshauptmann, den ich ab und zu treffe, muss ich immer wieder erklären, warum bei uns der Regierungspräsident alljährlich wechselt. Das zweite, was er mich immer wieder fragt, ist: Stimmt es, dass bei euch das Volk über die Steuern abstimmen darf? Er sagt, er würde in diesem Fall schon lange keine Steuereinnahmen mehr haben. Die beiden Systeme sind also ganz anders gewachsen. Man soll die Systeme nicht nachmachen oder kopieren. Aber es ist dringend nötig, dass wir – vor allem für unsere südlichen Täler – noch näher zusammenarbeiten. Ich bin überzeugt, dass in kürzester Zeit für das Münstertal wichtiger sein wird, wie sich das florierende Südtirol entwickelt, als das, was in Chur wirtschaftlich läuft.

In Graubünden gelten die Gemeinden als Säule der bündnerischen Staatlichkeit. Ist diese Gemeindeautonomie letzten Endes nicht eher hinderlich?

Christian Rathgeb: Ich glaube nicht, dass die Gemeindeautonomie im bündnerischen Staatswesen ein Hindernis darstellt. Dass wir hingegen einige Probleme haben, erscheint mir jedoch offensichtlich zu sein. Den Hinweis von Regierungsrat Klaus Huber erachte ich als sehr wichtig. Wegen der finanziellen und personellen Probleme – vor allem bei Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohner – besteht für mich echter staatspolitischer Handlungsbedarf. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie mögliche Reformen aussehen könnten, bevor wir dazu gezwungen werden. Beim Gemeindeinspektorat existiert ein Vorschlag, nach welchem die Zahl der Gemeinden durch

Fusionen auf 50 reduziert wird. Nach diesem Modell könnten die Aufgaben kostengünstiger, effizienter und mit weniger Personen erfüllt werden. Solche Probleme sind aber schon lange ein Thema. Werfen wir einen Blick zurück: Bereits 1875 arbeitete der Engadiner Nationalrat Andrea Bezzola ein Modell für die Gemeindereformen aus. Er schlug zwei Modelle vor: ein Fusionsmodell und ein Kreismodell, bei dem die Kreise die Kompetenzen der Gemeinden übernehmen sollten. Dies sind wertvolle und heute noch aktuelle Denkanstösse. Andrea Bezzola hingegen kosteten diese Vorschläge sein Grossratsmandat, er wurde abgewählt. Die Gemeindeautonomie war also schon damals ein heikles Thema! Ich glaube aber, dass wir in unserem Kanton darüber reden müssen. Es ist schade, dass die erste Totalrevision der Kantonsverfassung seit 111 Jahren – die wir im Jahr 2003 miterleben dürfen – die Chance zur Diskussion über die Zukunft der Gemeinden nicht gepackt hat. Dennoch bleibt das Thema aktuell. Ich bin überzeugt, dass sich auf diesem Gebiet in den nächsten zehn Jahren mehr bewegen wird als in jedem anderen Gebiet unseres Kantons.

Was kann eigentlich Graubünden überhaupt in die Eidgenossenschaft einbringen? Wir halten ja immer unsere Dreisprachigkeit und unsere Landschaft für einzigartig. Eine Frage an alt Nationalrat und alt Nationalratspräsident Bundi. Was haben wir in den letzten 200 Jahren in die Eidgenossenschaft eingebracht?

Martin Bundi: Das ist eine schwierige Frage. Wenn ich zurückblicke, stelle ich fest, dass Graubünden früher eine starke Stellung hatte. 1803 verfügte Graubünden zusammen mit den anderen fünf grössten Kantonen an der Tagsatzung über zwei Stimmen, wogegen die anderen Kantone bloss eine Stimme hatten. Natürlich war damals das Verhältnis der Bevölkerungsstärke ein anderes als heute. Aber ich glaube, das war nicht allein ausschlaggebend. Ausschlaggebend war eher die frühere Geschichte des Dreibündestaates, der eine enge Beziehung zur Eidgenossenschaft hatte, weil er ein Zugewandter Ort war. Im Freistaat der Drei Bünde herrschten schon früh demokratische Strukturen, nämlich direktdemokratische. Meines Erachtens konnte Graubünden nicht gerade sehr viel in die Eidgenossenschaft einbringen. Denn wenn man das schöne Beispiel der Dreisprachigkeit betrachtet, so ist diese vor allem rhetorisch immer wieder präsent. Aber in der Praxis lässt man das Rätoromanische in Raten

dahinsterben. Diese Sprache ist in einer Reihe von Bereichen diskriminiert; es fehlt ihr ferner immer noch ein Gebietsschutz. Wie Ernst man es mit dem Minderheitenschutz nimmt, zeigte kürzlich die Schaffung der «Marke Graubünden», welche das Rätomanische und das Italienische vollständig ignoriert. Das Prädikat und Aushängeschild des dreisprachigen Graubündens und der viersprachigen Schweiz könnte wie ein Kartenhaus zusammenbrechen, wenn der politische Wille nicht ernsthaft bekundet wird, dem Schwund des Sprachgebietes Einhalt zu gebieten.

Ist das Sprachenanliegen wirklich ein Thema, dass alle – zum Beispiel auch die Prättigauer – intensiv beschäftigte?

Florian Hitz: Ich habe aus historischer Sicht den Eindruck, dass das Sprachenanliegen lange nicht zu den drängendsten Problemen gehörte. Ich glaube, dass die Dreisprachigkeit selten wirklich praktiziert wurde. Die Leute aus den verschiedenen Talschaften hatten überhaupt nicht viel miteinander zu tun. Man lebte eher nebeneinander vorbei als miteinander. Jede Talschaft hat ihre eigene Kultur. In lokalen Angelegenheiten benutzten die Gemeinden einfach die jeweilige Muttersprache, auf gesamtbündnerischer eben vor allem das Deutsche oder Italienische. Die Bedeutung der italienischen Sprache als Verständigungsmittel innerhalb Graubündens hat seit 1800 eher abgenommen. Das Reglement des Grossen Rates von 1803 sah übrigens einen «Interpreten» vor, der den nicht-deutschsprachigen Abgeordneten ein Votum in ihre Sprache übersetzte, wenn sie das verlangten. Und natürlich durfte jeder Abgeordnete seine eigenen Voten in der Muttersprache abgeben. Wie auch immer: Vor 1800 war nicht die Dreisprachigkeit das Besondere an Graubünden, sondern die ausgeprägte, direkte und zugleich dezentrale Demokratie. Auch in der Wahrnehmung von aussen war dies die Hauptsache. Für die autoritären Obrigkeiten der eidgenössischen Orte waren die Bündner mit ihrer tumultuarischen Basisdemokratie verdächtige Gesellen. Darum hielt man auch lieber eine gewisse Distanz zu diesen alpinen «Zugewandten». Im späten 19. Jahrhundert hat dann das Beispiel der alt-bündnerischen Demokratie die sogenannte Demokratische Bewegung inspiriert. Damals wurden die Volksrechte – Initiative und Referendum – in die schweizerische Bundesverfassung aufgenommen, nicht zuletzt in Anlehnung an alt-bündnerische Verfahren. Solche Aspekte der politischen Kultur galten bis gegen 1900 als «typisch bündne-

risch»: Graubündens politisch-kultureller Beitrag zur Eidgenossenschaft. Die Fixierung auf die Sprachkultur ist dagegen ein relativ modernes Phänomen.

Nun zur Frage, was wir heute in die Eidgenossenschaft einbringen können.

Klaus Huber: Ich bin überzeugt, dass wir etwas einbringen können. Ich habe einmal in einer hitzigen Auseinandersetzung mit den Zürcher Regierungskolleginnen und -kollegen unsere Situation dargestellt. Unserem Gebirgskanton möge zwar ein wenig das Image der Profiteure anhaften. Zürich dagegen sei das Wirtschaftszentrum der Schweiz. Dafür brauche es einen Flughafen, Finanzdienstleistungen usw. Kurz: Es brauche Infrastrukturen, um als Wirtschaftsstandort interessant zu sein. Aber wenn Zürich nur diese besitze, sei es austauschbar – mit anderen Standorten in ganz Europa. Mit Graubünden im Hintergrund hingegen sei Zürich einzigartig. Wenn man es so darstellt, stehen wir nicht mehr als Abzocker da, sondern als Partner. Wenn man so argumentiert, ist es erstaunlich, wie plötzlich ein ganz anderes Verständnis geweckt wird. Ein anderes Beispiel sind die gesellschaftspolitisch immer aktuellen Minderheitsfragen. Graubünden wurde von Professor D. Thürer als «Laboratorium für Minderheiten» bezeichnet. Das ist natürlich ein tolles Kompliment. Und daraus kann vielleicht sogar ein Minderheitenzentrum in der Surselva entstehen. Man sieht, dass Graubünden etwas aktiv beitragen kann. Wir müssen manchmal selbstbewusster darauf hinweisen, wo wir stark sind, und nicht ständig nur mangelnde Unterstützung beklagen.

Martin Bundi: Ich bin durchaus auch der Meinung, dass wir einiges einbringen könnten. In erster Linie sollten wir aber Erfahrungen einbringen, die wir uns auch aufgrund von innovativen Projekten mit benachbarten Regionen aneignen können. Ein wunderbares Beispiel ist die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Interreg-Programme. Diese streben die Zusammenarbeit der Grenzregionen mit EU-Ländern an. Interreg ist zwar auch in Graubünden angelaufen. Wenn man aber vergleicht, was andere Regionen unternehmen, sind wir Schlusslicht. Hier gäbe es wertvolle Projekte, die wir gemeinsam mit ausländischen Regionen erarbeiten könnten. Ich möchte nochmals auf das von Regierungsrat Huber eingebrachte Beispiel von Südtirol einge-

hen. Tatsächlich hat Südtirol einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, seit es in Europa integriert ist, das heisst seit Italien Mitglied der EU ist. Die Arbeitslosigkeit liegt praktisch bei Null. Es hat dies unter anderem auch erreicht, weil es eine europäische Akademie erhielt und eine Universität mit Fakultäten in Bozen und in Brixen gründete. Das wirkte sich zugunsten der gesamten Volkswirtschaft dieses Landes aus. In dieser Hinsicht besteht in Graubünden ein grosser Nachholbedarf. Man kann sich jetzt natürlich fragen, woran es liegt, dass es Graubünden weder gelungen ist, eine Universität aufzubauen, noch ein europäisches Institut, noch Bundesinstitute – mit Ausnahme des Lawineninstituts in Davos. Vielmehr sind mehrere Institutionen des Bundes – und damit auch Arbeitsplätze – verloren gegangen. Die Frage ist, ob wir heute nicht zu wenig kämpferisch sind.

Vielleicht ist Graubünden zu bescheiden und uns fehlt einfach das Selbstbewusstsein.

Martin Bundi: Das ist meine persönliche Auffassung. Wenn beispielsweise in anderen Regionen Bundesbetriebe geschlossen werden, so kommt es zu einem Aufschrei. Bei uns hingegen treten die Betroffenen und die Behörden relativ leise auf. Dies müsste sich ändern, damit auch die Bundespolitiker die Möglichkeit hätten, mit mehr Unterstützung und Legitimation zu intervenieren.

Christian Rathgeb: Bescheidenheit ist keine schlechte Tugend. Die bündnerische erdverbundene Mentalität ist die beste Voraussetzung für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sorge bereitet eher die Mehrheit des Grossen Rates, die mir konservativer und zögerlicher erscheint als die Mehrheit des Volkes. Gefragt sind Visionen (und Engagement für deren Umsetzung) wie der Anschluss von Chur an die Swissmetro, der unterirdische Neat-Anschluss in Sedrun, ein wirtschaftliches (Silicon) Valley in der Surselva, ein universitäres Minderheiteninstitut oder ein Bundesverwaltungsgericht in Graubünden, eine national führende und anerkannte mit neuen Lehrgängen versehene Fachhochschule oder ein traditionelles internationales Sportveranstaltungsmekka im Engadin. Vor allem aber ist eines gefragt: Freiraum für unsere innovativen Unternehmer, die ihre Visionen tatkräftig umsetzen wollen!

Klaus Huber: Wir sollten etwas zuversichtlicher sein und unsere Möglichkeiten vielleicht kreativer einsetzen. Aber zurück zum Beispiel Südtirol. Hier sollte man wissen: Südtirol profitiert nicht nur von der Integration in Europa. Sondern das Südtirol hat sich vielmehr eine Sondersituation innerhalb von Italien erkämpft. Daher kommt in erster Linie der wirtschaftliche Motor. Wegen des Interreg-Projektes wurden wir schon mehrfach kritisiert, dass wir zu wenig forscht vorgegangen sind. Interreg ist ein europäisches Projekt und die Auslegung der Grundlagen, wie man Mittel auslösen kann, sind eigentlich festgesetzt. Aber das Südtirol hat auch eine «südliche Interpretation», wie diese Mittel zu erlangen sind. Dazu gebe ich ein Beispiel: Wie ich die Interreg-Regelungen kenne, darf man keine baulichen Investitionen tätigen. Aber der Turm zu Glurns ist dennoch mit Interreg-Geldern zu einem Museum umgebaut worden. Das ist die «südliche Interpretation». Das können wir vielleicht weniger gut.